

Zwei Stellungnahmen aus den Reihen der Partei DIE LINKE zu zwei Terroranschlägen in Paris.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 209/15 – 15.11.15

## **Anschläge von Paris sind Angriff auf unsere Demokratie**

Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, DIE LINKE im Bundestag,  
Pressemitteilung, 14.11.2015

( <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilungen/anschlaege-paris-sind-angriff-unsere-demokratie/> )

Zu den Terroranschlägen in Paris erklären die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch:

"Die entsetzlichen Terroranschläge von Paris sind zutiefst verabscheuungswürdig. Das brutale Vorgehen der Täter ist menschenverachtend und Ausdruck barbarischer Gewalt. Unser tiefes Mitgefühl gilt den vielen Opfern und ihren Familien und Freunden.

Es muss jetzt alles getan werden, um die noch flüchtigen Täter und ihre Hintermänner zu fassen und mit aller Konsequenz zur Verantwortung zu ziehen. Die Hintergründe der Taten müssen vollständig aufgeklärt werden und es muss alles dafür getan werden, dass sich die Menschen in Frankreich wieder sicher fühlen können.

Es steht zu befürchten, dass die Ereignisse von Paris auch in der Bundesrepublik von rechten Kreisen instrumentalisiert werden, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen und diese unter Generalverdacht zu stellen. Dies darf nicht passieren. Es ist die Verantwortung eines demokratischen Staates, entschieden gegen terroristische Bedrohungen vorzugehen, ohne Demokratie und freiheitliche Grundrechte in Frage zu stellen. Gleichzeitig ist es unabdingbar, sich konsequent mit den Ursachen des Terrors auseinanderzusetzen."

---

## **Wagenknecht vergleicht Drohnenangriffe mit Terror in Paris**

FAZ, 17.01.2015

( <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wagenknecht-vergleicht-drohnenangriffe-mit-anschlaegen-13376203.html> )

Weil auch bei Drohnenangriffen Unschuldige sterben, sieht Sahra Wagenknecht darin „ein genauso verabscheuungswürdiges Verbrechen“ wie in den Terroranschlägen von Paris. Ihr Vergleich sorgte für Empörung.

Die stellvertretende Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht hat die Drohnenangriffe der Vereinigten Staaten in Afghanistan, Pakistan oder im Jemen mit den Terroranschlägen von Paris verglichen. "Wenn eine vom Westen gesteuerte Drohne eine unschuldige arabische oder afghanische Familie auslöscht, ist das ein genauso verabscheuungswürdiges Verbrechen wie die Terroranschläge von Paris, und es sollte uns mit der gleichen Betroffenheit und dem gleichen Entsetzen erfüllen", sagte Wagenknecht der Deutschen Presse-Agentur. Man dürfe da nicht mit zweierlei Maß messen.

Die SPD reagierte empört über den Vergleich. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Op-

permann warf der Linkspartei vor, jegliche außenpolitische Orientierung verloren zu haben. "Den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan mit dem Terror-Angriff von Paris zu vergleichen ist eine unsägliche Entgleisung und Beleidigung für alle deutschen Soldaten", sagte Oppermann nach Angaben seiner Fraktion.

Wagenknecht argumentierte: "Der Drohnenkrieg etwa, der auch von Deutschland aus geführt wird, hat schon tausende Unschuldige ermordet und erzeugt in den betroffenen Ländern Gefühle von Ohnmacht, Wut und Hass." Damit bereite man den Boden für den Terror, den man offiziell bekämpfen wolle. Das gelte auch für den Afghanistan-Krieg, der über viele Jahre mit deutscher Beteiligung geführt wurde. "Auch die Bundeswehr ist für den Tod unschuldiger Menschen in Afghanistan verantwortlich."

Als "wichtigste Konsequenz" aus den Terroranschlägen von Paris forderte Wagenknecht das Ende aller Militäreinsätze des Westens im Nahen und Mittleren Osten.

Die amerikanischen Drohnenangriffe sind völkerrechtlich umstritten. Bei den gezielten Angriffen auf Terrorverdächtige werden nach Angaben der örtlichen Sicherheitsbehörden auch immer wieder Zivilisten getötet, offizielle amerikanische Angaben gibt es dazu aber nicht. Unbestätigten Medienberichten zufolge werden die Angriffe über eine Satelliten-Station im rheinland-pfälzischen Stützpunkt Ramstein gesteuert. (Quelle: dpa)

*(Wir haben die Pressemitteilung vom 14.11.15 und den FAZ-Artikel vom 17.01.15 inhaltlich unverändert übernommen.)*

---

## **Unser Kommentar**

*Die Pressemitteilung zu den Anschlägen am 13.11.15, für die Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch verantwortlich zeichnen, besteht fast nur aus Floskeln, die auch in Stellungnahmen von Politikern anderer Parteien vorkommen. Nur im letzten Satz wird gefordert, "sich konsequent mit den Ursachen des Terrors auseinanderzusetzen".*

*In den Aussagen Sahra Wagenknechts zu den Anschlägen auf das Satiremagazin "Charlie Hebdo" und den koscheren Supermarkt am 07. und 08.01.15 (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP01415\\_200115.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP01415_200115.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP00915\\_130115.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP00915_130115.pdf)), die in dem FAZ-Artikel zitiert werden, sind die Ursachen für solche Anschläge – "die Militäreinsätze des Westens im Nahen und Mittleren Osten" – noch klar benannt. Sahra Wagenknecht fordert nicht nur die Beendigung dieser Militäreinsätze, sie weist auch auf die Komplizenschaft der Bundesregierung hin, die zulässt, dass der Drohnenkrieg auch von Deutschland aus geführt wird" – über die SATCOM-Relaisstation auf der U.S. Air Base Ramstein (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_13/LP07413\\_020613.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07413_020613.pdf)).*

*Was Sahra Wagenknecht im Januar 2015 zu Anschlägen gesagt hat, die islamistischen Terroristen angelastet werden, trifft auch im November 2015 noch zu. Auch als eine von zwei Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Bundestag sollte sie darauf bestehen, dass die Ursachen solcher Anschläge – die völkerrechts- und verfassungswidrigen Militärinterventionen der USA und der NATO im Mittleren Osten und in Nordafrika – klar benannt werden und die sofortige Beendigung dieser militärischen Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten fordern.*